Strafrechtliche Verantwortlichkeit von Unternehmen

Dr Alexander Ressos, TEP
Attorney-at-Law (Switzerland and Germany),
Solicitor (England & Wales and Hong Kong)
Of Counsel, KGP Legal LLC
alexander.ressos@kgplegal.com.sg
www.ressos.com.sg

Das Unternehmen als Person

Das singapurische Strafrecht enthält keine allgemeine Vorschrift, die eigens der strafrechtlichen Verantwortlichkeit von Unternehmen gewidmet ist. Es erfasst Unternehmen über Begriffsbestimmungen. Der Interpretation Act 1965 bestimmt, dass „person" und „party" „any company or association or body of persons, corporate or unincorporate" einschließen. Der Penal Code enthält eine eigene Definition gleichen Inhalts: „The word 'person' includes any company or association or body of persons, whether incorporated or not."[1] Da der Penal Code auf das indische Gesetzbuch von 1860 zurückgeht, dessen Geschichte Kapitel I von Teil B nachgezeichnet hat, gehört die Definition seit der Kolonialzeit zum Strafrecht Singapurs.

Daraus folgt, dass ein Unternehmen grundsätzlich jede Straftat begehen kann, die nicht ihrem Wesen nach einen menschlichen Körper voraussetzt, wie etwa Bigamie oder eine ausschließlich mit Freiheitsstrafe bedrohte Tat. Korruption, Betrug

© 2026 Dr Alexander Ressos. General information only, not legal, tax or investment advice. No client relationship is created. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. More information at SingaporeIQ.com and ressos.com.sg.

(cheating), Untreue (Criminal Breach of Trust), Bilanzfälschung und Geldwäsche kann ein Unternehmen ausnahmslos begehen. Die praktischen Fragen betreffen Zurechnung und Bestrafung: Wessen Handlungen und wessen Geisteszustand gelten als solche des Unternehmens, und welche Sanktion kann ein Gericht gegen einen Rechtsträger verhängen, der nicht inhaftiert werden kann?

Vom leitenden Willen zu den Zurechnungsregeln

Die traditionelle Antwort des Common Law ist die Identifikationslehre (identification doctrine). In *Tesco Supermarkets Ltd v Nattrass* entschied das House of Lords 1971, dass nur die Handlungen derjenigen, die den leitenden Geist und Willen (directing mind and will) des Unternehmens verkörpern, als eigene Handlungen des Unternehmens gelten. Lord Reid sagte über eine solche Person: „he is acting as the company and his mind which directs his acts is the mind of the company".[2] Die Lehre wurde kritisiert, weil sie große Organisationen schütze. Die oberste Führungsebene begeht Straftaten nämlich selten selbst, während die Manager, die es tun, oft zu weit unten in der Hierarchie stehen, um als leitender Wille zu gelten.

Der Privy Council verfeinerte den Ansatz 1995. In *Meridian Global Funds Management Asia Ltd v Securities Commission*, einer Berufung aus Neuseeland, erläuterte Lord Hoffmann, dass ein Unternehmen nur über Zurechnungsregeln handelt: primäre Regeln in seiner Satzung, allgemeine Regeln der Stellvertretung und der Haftung für Dritte (vicarious liability) sowie besondere Regeln, die ein Gericht für eine bestimmte gesetzliche Vorschrift nach deren Zweck entwickelt. Er fasste den Gedanken in einem Satz zusammen, den seither viele Gerichte des Common Law zitiert haben: „There is in fact no such thing as the company as such, no ding an sich, only the applicable rules."[3]

Der Singapore Court of Appeal übernahm den *Meridian*-Rahmen. In *Ho Kang Peng v Scintronix Corp Ltd*, entschieden am 30. April 2014, machte ein früherer Chief Executive geltend, sein eigenes Wissen und das anderer Manager sei dem Unternehmen zuzurechnen. Er hatte das Unternehmen zu Zahlungen veranlasst, die das Gericht als „effectively bribes" bezeichnete. Das Gericht wandte Lord Hoffmanns drei Kategorien von Zurechnungsregeln an. Es behandelte die Formel „directing

© 2026 Dr Alexander Ressos. General information only, not legal, tax or investment advice. No client relationship is created. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. More information at SingaporeIQ.com and ressos.com.sg.

mind and will“ als „but a convenient label“ und fragte, welche Zurechnungsregel für den jeweiligen Zweck galt.[4] Der Fall war eine Zivilklage des Unternehmens gegen seinen früheren Director. Seine Überlegungen zur Zurechnung gelten aber ebenso, wenn es darum geht, ob ein Unternehmen strafrechtlich für das Verhalten seiner Manager verantwortlich ist.

Das Gericht entschied außerdem, dass ein Director, der ein Unternehmen zur Zahlung von Bestechungsgeldern veranlasst, „is not acting in the company's interests“, selbst wenn das Ziel ein kurzfristiger finanzieller Vorteil ist, und dass solche Zahlungen „prima facie improper and indeed illegal“ seien.[5] Für die Strafverfolgung von Unternehmen ist dies in zweierlei Richtung bedeutsam. Ein Unternehmen kann kaum geltend machen, die Bestechung durch seine Manager habe in seinem Interesse gelegen und sei daher genehmigt gewesen. Die Manager wiederum können sich nicht hinter dem Unternehmen verstecken, wenn es später seine Verluste von ihnen ersetzt verlangt.

Gesetzliche Zurechnung und Haftung der Organe

Mehrere Gesetze ersetzen den unsicheren Maßstab des Common Law durch besondere Regeln. Für den Finanzsektor am wichtigsten ist der Corruption, Drug Trafficking and Other Serious Crimes (Confiscation of Benefits) Act 1992, meist CDSA genannt. Nach seiner Section 73 können das Verhalten und der Geisteszustand eines Director, Arbeitnehmers oder Vertreters, der im Rahmen seiner tatsächlichen oder scheinbaren Vertretungsmacht handelt, einer Körperschaft zugerechnet werden.[6] Die Vorschrift erstreckt die Zurechnung weit unter die Ebene des Board und der obersten Führung. Ein Relationship Manager, der wissentlich die Erträge aus dem Betrug eines Kunden handhabt, kann deshalb die Bank selbst einer Anklage wegen Geldwäsche aussetzen.

Dasselbe Gesetz wirkt auch in umgekehrter Richtung. Ist eine von einer Körperschaft begangene Straftat nachweislich mit Zustimmung oder Duldung eines Organmitglieds (officer) begangen worden oder auf dessen Nachlässigkeit zurückzuführen, so ist nach Section 80 „the officer as well as the body corporate shall be guilty of the offence“. Die Absätze (3) und (4) erstrecken die Regel auf Partner

© 2026 Dr Alexander Ressos. General information only, not legal, tax or investment advice. No client relationship is created. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. More information at SingaporeIQ.com and ressos.com.sg.

und auf die Organe nicht rechtsfähiger Vereinigungen.[7] Ähnliche Klauseln zur Haftung der Organe finden sich in vielen Aufsichtsgesetzen, darunter in den von der Monetary Authority of Singapore verwalteten, die Kapitel I von Teil E beschreibt. Damit sind die Haftung des Unternehmens und die der Einzelpersonen verknüpft: Eine Anklage gegen das Unternehmen öffnet häufig den Weg zu einer Anklage gegen seine Directors wegen Nachlässigkeit.

Strafen und ihre Grenzen

Gegen ein verurteiltes Unternehmen kommen Geldstrafen, Einziehung und damit verbundene Nebenanordnungen in Betracht. Die Geldstrafen nach dem allgemeinen Korruptionsstrafgesetz sind im internationalen Vergleich niedrig. Die Sections 5 und 6 des Prevention of Corruption Act 1960 sehen eine Geldstrafe von höchstens 100.000 S$ oder Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder beides vor. Section 7 erhöht die Höchstfreiheitsstrafe auf sieben Jahre, wenn es um einen Vertrag mit der Regierung oder einer öffentlichen Stelle geht. Für ein Unternehmen ist nur die Geldstrafe von Bedeutung. Section 13 fügt eine Strafzahlung in Höhe des Betrags der Zuwendung hinzu, die das Gericht zusätzlich zu jeder anderen Strafe anordnen muss und die wie eine Geldstrafe beigetrieben werden kann.[8]

Die Geldwäschetatbestände des CDSA reichen weiter. Eine nach den Sections 50, 51, 53 oder 54 verurteilte Körperschaft kann mit einer Geldstrafe von höchstens 1 Million S$ oder dem Doppelten des Werts der betreffenden Vorteile belegt werden, je nachdem, welcher Betrag höher ist. Section 55A bestraft die Unterstützung eines anderen beim Behalten krimineller Vorteile unter verdächtigen Umständen, etwa wenn die Person keine angemessenen Schritte zur Überprüfung der Vereinbarung unternommen hat. Für Nicht-Einzelpersonen gilt dasselbe Höchstmaß.[9] Die Anknüpfung an den Wert der Vorteile gibt dem Gericht einen Maßstab, der dem Umfang der Tat entspricht, auch wenn er nicht die in der amerikanischen Praxis üblichen Vielfachen des Gewinns erreicht.

Eine weitere Grenze ist die Zuständigkeit. Der Prevention of Corruption Act bestimmt in Section 37, dass ein Staatsbürger Singapurs, der außerhalb Singapurs eine Straftat nach diesem Gesetz begeht, „may be dealt with in respect of that offence

© 2026 Dr Alexander Ressos. General information only, not legal, tax or investment advice. No client relationship is created. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. More information at SingaporeIQ.com and ressos.com.sg.

as if it had been committed within Singapore".[10] Für Unternehmen ist die Rechtslage weniger eindeutig, da das Gesetz von Staatsbürgern spricht. In den unten erörterten Fällen wurden die Korruptionssysteme von Singapur aus organisiert und bezahlt. Das verschaffte den singapurischen Gerichten einen territorialen Anknüpfungspunkt für ein Verhalten, dessen Wirkungen in Brasilien lagen.

Strafverfolgung in der Praxis

Singapurs Antikorruptionsbehörde, das Corrupt Practices Investigation Bureau (CPIB), befasst sich vor allem mit Fällen aus der Privatwirtschaft. Nach Angaben des Senior Minister of State Desmond Tan stammten 84 der 90 Personen, die 2025 wegen vom CPIB ermittelter Korruptionsdelikte angeklagt wurden, aus der Privatwirtschaft. Im Corruption Perceptions Index 2025 von Transparency International belegte Singapur Platz drei unter 180 Ländern und Platz eins in der Region Asien-Pazifik.[11]

Anklagen gegen Unternehmen selbst bleiben seltener als Anklagen gegen ihre Directors und Arbeitnehmer, kommen aber vor. So wurde am 26. Oktober 2026 ein Wartungsunternehmen nach Section 6(b) des Prevention of Corruption Act in Verbindung mit den Sections 7 und 31 angeklagt. Es soll sich mit seinem früheren Director verabredet haben, einem Manager des Verwaltungsdienstleisters eines Town Council ein Bestechungsgeld von 50.000 S$ zu zahlen.[12] Gerade weil der Fall gewöhnlich ist, ist er aufschlussreich. In inländischen Angelegenheiten wird ein Unternehmen, das über seinen Director Bestechungsgelder zahlt, auf dem üblichen Weg zusammen mit ihm angeklagt, ohne besonderes Verfahren.

Verbreiteter Irrtum

Mitunter heißt es, Singapur könne Unternehmen nicht strafrechtlich verfolgen, weil nur Einzelpersonen inhaftiert werden können. Das singapurische Recht hat Unternehmen jedoch stets als Personen behandelt, die Straftaten begehen können. Deshalb erhebt das CPIB regelmäßig Anklage gegen Unternehmen. Die tatsächlichen Hindernisse liegen in der Zurechnung, in der Höhe der Geldstrafen und im Nachweis von Verhalten, das im Ausland stattgefunden hat.

© 2026 Dr Alexander Ressos. General information only, not legal, tax or investment advice. No client relationship is created. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. More information at SingaporeIQ.com and ressos.com.sg.

Anmerkungen

1. Interpretation Act 1965, s 2(1), Definition von „person“ (Text nach lawplayer.com, abgerufen im November 2026; maßgeblich ist der amtliche Text auf Singapore Statutes Online); Penal Code 1871, s 11 (Text nach lawplayer.com, abgerufen im November 2026). ↩
2. *Tesco Supermarkets Ltd v Nattrass* [1971] UKHL 1, [1972] AC 153 (House of Lords), per Lord Reid; der Filialleiter gehörte nicht zum leitenden Willen des Unternehmens, das Unternehmen wurde freigesprochen (Wikipedia, „Tesco Supermarkets Ltd v Nattrass“, abgerufen im November 2026). ↩
3. *Meridian Global Funds Management Asia Ltd v Securities Commission* [1995] UKPC 5, [1995] 2 AC 500, entschieden am 26. Mai 1995, per Lord Hoffmann (Wikipedia, „Meridian Global Funds Management Asia Ltd v Securities Commission“, abgerufen im November 2026). ↩
4. *Ho Kang Peng v Scintronix Corp Ltd (formerly known as TTL Holdings Ltd)* [2014] SGCA 22, Court of Appeal, 30. April 2014 (Sundaresh Menon CJ, Chao Hick Tin JA, V K Rajah JA), Rn. 32, 47–50 (elitigation.sg, abgerufen im November 2026). ↩
5. *Ho Kang Peng v Scintronix Corp Ltd* [2014] SGCA 22, Rn. 40, 44. ↩
6. Corruption, Drug Trafficking and Other Serious Crimes (Confiscation of Benefits) Act 1992, s 73 (Text nach lawplayer.com, abgerufen im November 2026). ↩
7. CDSA, s 80(1), (3) und (4) (Text nach lawplayer.com, abgerufen im November 2026). ↩
8. Prevention of Corruption Act 1960, ss 5, 6 und 7 (Text nach lawplayer.com, abgerufen im November 2026); CPIB, „Company Charged for Alleged Corruption Involving Town Council Contract“, 26. Oktober 2026, cpib.gov.sg, mit erneuter Wiedergabe der Strafen nach ss 6 und 7; Prevention of Corruption Act 1960, s 13 (Text nach lawplayer.com, abgerufen im November 2026). ↩

© 2026 Dr Alexander Ressos. General information only, not legal, tax or investment advice. No client relationship is created. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. More information at SingaporeIQ.com and ressos.com.sg.

9. CDSA, ss 50(7), 51(7), 53(7) und 54(7); für Einzelpersonen Geldstrafe von höchstens 500.000 S$ oder Freiheitsstrafe bis zu zehn Jahren oder beides (ss 50(5), 51(5), 53(5), 54(5)) (Text nach lawplayer.com, abgerufen im November 2026); CDSA, s 55A(6) (Text nach lawplayer.com, abgerufen im November 2026). ↩
10. Prevention of Corruption Act 1960, s 37 (Text nach lawplayer.com, abgerufen im November 2026). ↩
11. Rede von Senior Minister of State Desmond Tan bei der Anti-Corruption Partnership Network Event 2026, 18. September 2026, cpib.gov.sg: „Singapore ranked third out of 180 countries in the Transparency International Corruption Perceptions Index 2025"; von den 90 Personen, die 2025 wegen vom CPIB ermittelter Korruptionsdelikte angeklagt wurden, stammten 84 aus der Privatwirtschaft. ↩
12. CPIB, „Company Charged for Alleged Corruption Involving Town Council Contract", 26. Oktober 2026, cpib.gov.sg: Anklage gegen Atlas Maintenance Pte Ltd in einem Anklagepunkt nach s 6(b) in Verbindung mit ss 7 und 31 PCA; mutmaßliche Verabredung im Februar 2023 mit seinem damaligen Director zur Zahlung eines Bestechungsgeldes von 50.000 S$. ↩

Disclaimer

This article is provided for general information only. It is based on publicly available sources as at its date of publication. These sources have not been independently verified against licences, regulatory registers or the records of the entities concerned. It is not legal, tax, financial or investment advice. Nor is it a recommendation to invest in, transact with or use the services of any entity mentioned. Law and regulation change frequently, so the content may be incomplete or outdated. To the fullest extent permitted by law, Dr Alexander Ressos and the publisher of SingaporeIQ exclude all liability for loss or damage arising from the use of or reliance on this article. Readers should obtain advice on their specific circumstances before acting or refraining from action.

© 2026 Dr Alexander Ressos. General information only, not legal, tax or investment advice. No client relationship is created. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. More information at SingaporeIQ.com and ressos.com.sg.

Names and trademarks of the entities discussed belong to their owners and are used for identification only. Their mention implies no endorsement, affiliation or allegation of wrongdoing. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. Corrections and updates: contact@ressos.com.

© 2026 Dr Alexander Ressos. This article may be quoted with attribution to SingaporeIQ (SingaporeIQ.com). Reproduction in full and any commercial use require prior written consent. The Legal Terms at https://singaporeiq.com/legal-terms apply.

Author contact: Dr Alexander Ressos, TEP · contact@ressos.com

© 2026 Dr Alexander Ressos. General information only, not legal, tax or investment advice. No client relationship is created. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. More information at SingaporeIQ.com and ressos.com.sg.